



Jörg van Essen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Geschäftsführer
der FDP-Bundestagsfraktion

Platz der Republik
11011 Berlin

Dienstgebäude:
Dorotheenstr. 101
Berlin-Mitte

Tel.: (030) 227 74867 / 227 77704
Fax: (030) 227 76704
E-Mail: joerg.essen@bundestag.de
Homepage: www.joerg-van-essen.de

Herrn
Dr. Ulrich Weber
Lüner Initiative gegen globale Armut
Parkstr. 5

05. November 2007
DZC

44532 Lünen

Sehr geehrte Herr Dr. Weber!

Vielen Dank für Ihren offenen Brief und die beigefügte Erklärung zur Gründung der Lüner Initiative gegen globale Armut.

Wie auch Sie vertreten wir die Ansicht, dass die anhaltende Massenarmut in vielen Teilen der Welt ein Skandal ist. Die Universalität der Menschenrechte verpflichtet uns, die Ursachen existentieller Gefährdung von Millionen von Menschen zu beseitigen und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Mit den Millennium Development Goals (MDGs) hat sich die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen im Jahre 2000 auf einen Zielkatalog für die Entwicklung bis zum Jahre 2015 verpflichtet. Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der langfristigen Entwicklungsziele der MDGs der Vereinten Nationen eingegangen ist.

Bereits heute rechnen selbst die Vereinten Nationen in ihrem Fortschrittsbericht aus dem Jahre 2006 zur Umsetzung der MDGs damit, dass für die Subsahara-Region keines der acht Ziele erreicht werden kann. Ich stimme Ihnen daher zu, dass wir zur Halbzeit der Umsetzung der MDG dringend eine breite Debatte über die Umsetzung dieser Ziele brauchen. Die FDP-Fraktion hat die Bundesregierung daher frühzeitig in

einem Antrag aufgefordert, die Doppelpräsidentschaft zu notwendigen Finanzreformen zu nutzen und um eine solche breit angelegte Diskussion zu führen. Stattdessen wurden diese Themen, darunter auch die Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, auf die portugiesische Präsidentschaft übertragen. Hier wurde eine historisch einmalige Chance verpasst.

Afrika ist zu weiten Teilen gekennzeichnet durch die Schwäche staatlicher Institutionen, Bürgerkriege, Hungerkatastrophen, extreme Armut und überdurchschnittlich hohe HIV/Aids-Raten. Die Gefahr zerfallender Staaten ist stets gegenwärtig. Eine neue Entwicklungspolitik für Afrika muss an der Eigenverantwortung afrikanischer Länder und Institutionen ausgerichtet sein, Mittel viel gezielter zur Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen einzusetzen, und der Afrikanischen Union helfen, zum effektiven Krisenlösungsmechanismus in Afrika zu werden. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika leidet stärker noch als in anderen Weltregionen an der fehlenden Abstimmung der Gebernationen und –institutionen. Die Folge sind Zersplitterung, Doppelung und ein Verschwendung von Mitteln. Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Entwicklungspolitik liegt im Bereich der sozialen Entwicklung. Obwohl sich die Mittel der Entwicklungshilfe in den letzten Jahren verdoppelt haben, sind dagegen die Investitionen in Produktion und Infrastruktur gesunken. Der UNCTAD-Jahresbericht 2006 stellt beispielsweise fest, dass der Schlüssel für eine nachhaltige Armutsbekämpfung eine langfristige Verbesserung der Wirtschaftslage sei. Die Experten der Vereinten Nationen fordern, dass wieder mehr internationale Hilfsgelder in Produktion und Beschäftigung investiert werden müssten. Nur so könne es den Entwicklungsländern gelingen, irgendwann wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen, die Ressourcen besser zu nutzen, die Hilfsbedürftigkeit zu reduzieren, Beschäftigung zu steigern, den informellen Sektor zu verkleinern und damit auch Armut nachhaltig zu senken. Trotz der geplanten Erhöhung von 700 Millionen € für den Etat des Entwicklungshilfeministeriums im kommenden Jahr wird für den Bereich der Förderungen privater Investitionen lediglich eine Erhöhung von 2 Millionen vorgesehen.

Nach den Analysen der „Task Force on Hunger“ des Entwicklungsprogramms der UN ist Hunger immer noch zu 80 Prozent ein ländliches Phänomen. Die Landwirtschaft und das Kleingewerbe sind Grundbausteine für ein breitenwirksames Wachs-

tum armer Länder. Auf Hilfe angewiesene Landlose müssen daher unterstützt werden, das katastermäßig verbriefte Eigentumsrecht an Land zu erwerben. Es gilt, gezielt das Kleingewerbe, beispielsweise durch eine vereinfachte Regulierung von Mikrofinanz- und Mikroversicherungsprogrammen, zu fördern. In diesem Zusammenhang haben wir Liberale die Verleihung des Friedensnobelpreises für Mohammed Junus und die von ihm gegründete Grameen Bank für die grundlegende liberale Idee, Armut durch wirtschaftliche Entwicklung von unten zu bekämpfen, außerordentlich begrüßt.

Die derzeitige Praxis in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung wird diesen Ansprüchen leider nicht gerecht. Sie ist einseitig und verfolgt seit Jahrzehnten die gleichen eingetretenen Pfade. Wir vertreten die Ansicht, dass die Erhöhung der Mittel allein nicht die Probleme lösen werden. Wir werden größere Anstrengungen unternehmen müssen, um gemeinsam mit Gebernationen (wie beispielsweise China) und den Entwicklungsländer neue Lösungsstrategien zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first letter 'J' followed by several loops and a horizontal line at the end.